

Donnerstag, den 18. Juni 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 139



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Durch die Haupt-Spedition: Blattgröße 4/6, durch die Buchhandlung der „SCHLESWIG-HOLSTEIN“ Neue Grunewaldring 2c, 5, durch die Zweigstelle, Biergartenhaus „Reichszeitung“ Wattklosterstraße 140, sowie durch die Ausländer zu bezahlen. — Bezugspreis im vorzugsweise zu entrichten: wöchentlich 6,60 Goldmark, monatlich 17,00 Goldmark. Durch die Post ist ins Haus 2,00 Goldmark.

Verlagert und Hauptgeschäftsstelle Dresdner 2
Forsprech-Ausschüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schriften zu 10 Pf. Stecktafelangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengleiche, Berufe, Sammlungen- und Wohnungs-Anzeigen 2 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das teile Worte 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Spedition Blattgröße 4/6 oder in den Zweigstellen abgedeckt werden.

Bor den Zollfämpfen.

Mhste Woche Beginn der 31. Debatte im Reichstag.

Am kommenden Montag wird im Reichstag die erste Sitzung des Zolltariffs stattfinden. Damit beginnt für uns der parlamentarische Kampf gegen den Zollmischer. Für unsere Fraktion werden im Plenum Genossen Wissel und Genossen Toni Sender sprechen. Die Vorlage wird sogar in den Ausschuss gehen, wo sich in wochenlanger Arbeit Freunde und Gegner der Zölle auseinanderzusetzen haben werden. Da der Reichstag, der ursprünglich schon am 4. Juli seine Sommerpause beginnen lassen wollte, auch jetzt nur noch bis zum 18. Juli zusammenbleiben will, also für das große Gesetzeswert nur eine verhältnismäßig knappe Zeit übrig hat, regen sich in der Presse der Zollmischer Bedenken, ob es gelingen werde,

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ macht in ihrer heutigen Morgenausgabe die Regierungsparteien scharf gegen die Sozialdemokratie. Sie geht von der richtigen Vorstellung aus, dass die Führung der Opposition bei der Sozialdemokratie liege und diese einen entschlossenen das Volk aufzuteilen kämpfen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von ausgedehnten Obstruktionen seiten der Sozialdemokratie und fügt hinzu: „Bei ihren perfiden Taktik hoffen sie dabei die Genossen auf Abspaltungsbemühungen, die nun einmal innerhalb der bürgerlichen Parteien vorhanden sind und die unter Umständen der sozialdemokratischen Taktik zum Siege verhelfen können. Hinzu kommt noch eine gewisse Bequemlichkeit, die sich leider bis weit nach rechts hinzieht unter den Abgeordneten seit länger Zeit breit macht und die politischen inneren Belegenheit zu Lebzeiten der Siegen den sehr viel aufmerksameren Linken bietet. Nicht zu übersehen ist schließlich die Tatsache, dass das Reichstagspräsidium sich in Händen der Sozialdemokratie befindet. Wenn Herr Präsident Löde auch nicht den Vorwurf parteihafter Geschäftsführung machen wollen, so bieten doch die Geprlogenheiten der Fraktionen Gelegenheit genug, um ohne jede Verleumdung der Sachlichkeit in der Zeitung auch den Parteiwähler zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

In einem mag die „Deutsche Tageszeitung“ hierbei Recht haben: Bequem werden die kommenden Reichstagswochen nicht sein und die Zollparteien werden schon alle grobherzigeren Abordneten mobilisieren müssen.

Die Haltung des Reichswirtschaftsrates, der die Zollvorlage in seiner Form als ungeeignet bezeichnet hat, ist auf die Mittelpartei nicht ohne Einfluss geblieben. In einer Befreiung, die die einzelnen Regierungsparteien abhielten, ist nach dem „Berliner Tageblatt“ die Befreiung ausgesprochen worden, dass in einer an sich außenpolitisch leicht angepaßten Situation die Bindung von Zöllen als aggressiv empfunden wird. Ueberhaupt davon, dass diese Zollvorlage mit den Mindestzöllen für Getreide anfangs der der verhängenden Industrie in Deutschland überhaupt schon als überaltert und nicht mehr zeitgemäß zu bezeichnen sei. Das Zentrum wird sich in einer weiteren Fraktionssitzung endgültig über seine Haltung in seiner so heftig umstrittenen Frage schließen.

Preußische Abänderungsanträge zur Zollvorlage.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Preußische Staatsministerium hat sich in seiner Dienstag-Sitzung in eingehender Beratung mit der Zollvorlage der Reichsregierung beschäftigt und bei einer Anzahl von Punkten Abänderungsanträge formuliert. Als wichtigste dieser Beschlüsse sind die folgenden hervorzuheben:

S 3 Ziffer 1 des Gesetzentwurfs soll wie folgt gelesen werden: „S 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung: Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Zölle für Roggen, Weizen und Spelt, Gerste und Hafer zu erhöhen oder aufzuheben und im Bedarfsfalle bis zur Höhe der im Zolltarif vorgesehene Sätze wieder einzuführen oder herauszuziehen. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, solchen Staaten gegenüber, mit denen keine handelsvertraglichen Abmachungen bestehen, die Zollsätze für Roggen, Gerste und Hafer bis auf 7 Mark, für Weizen und Spelt bis auf 7,0 Mark zu erhöhen.“ Im S 5 des Gesetzentwurfs sollen die Tarifnummern 1-4 (Roggen, Weizen und Spelt, Gerste und Hafer) gestrichen werden. In der Anlage zum Gesetzentwurf (Abänderungen des Zolltariffs) sollen folgende neue Nummern aufgenommen werden: Tarif Nr. 1: Roggen, Zolltarif 3 Mark, Tarif Nr. 2: Weizen und Spelt, Zolltarif 3,50 Mark, Tarif Nr. 3: Gerste, Zolltarif 2 Mark, Tarif Nr. 4: Hafer, Zolltarif 3 Mark. S 3 Ziffer 2 des Gesetzentwurfs wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass Einfuhrzölle, die für die Wiedereinfuhr der Getreide erzielt werden, auch lediglich für die Einfuhr von Getreide verwendet werden dürfen. Schließlich bei den Positionen 108 (Fleisch), 109 (Schweinefleisch), 128 (Gomas und Schweinefette), 219 (Büchsenfleisch und Büchsenmilch) stimmt der Staatsministerium den verminderten Zollzälen des vorliegenden Reichswirtschaftsrats zu.

Die magere Hindenburg-Amnestie.

Welt über fünf Wochen ist Hindenburg im Amt, aber noch immer steht die Amnestie aus. Jetzt ist der Entwurf endlich geworden, ist bildet eine neue Gattung für alle, die noch an den „Mitter“ glauben. Die Amnestie beschränkt sich völlig auf politische Vergehen; Verbrechen, die im Zusammenhang mit politischen Bewegungen aus anderen Bewegungen begangen wurden, sind ausgenommen. Das gleiche gilt für schwere Körperverletzungen, Hochverrat im Rückfall, schweren Raub, Brandstiftung und Sprengstoffvergehen. Außerdem fallen nur die vor dem 1. Oktober 1923 begangenen Straftaten unter die Amnestie. Damit wird das Rheinland, dessen separatische Bewegungen erst im Winter 1923/24 ausbrachen, vollständig ausgeschlossen. Justizhaustrafen können überhaupt nicht unter Amnestie, nur Geldstrafen und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre. Nur Urteile des Reichsgerichts oder des Staatsgerichtshofes können amnestiert werden. Daneben ist eine Amnestie der Kinder vorgesehen. Hoffentlich können diese die überwogenen Dünkel des Entwurfs ausfüllen.

Die Reichsregierung berät über den Garantiepakt.

Das Reichskabinett erörterte am Mittwoch vormittags die allgemeinen Grundzüge der französischen Antwort auf das deutsche Sicherheitsangebot. Besonders wurden nicht gefaßt. Am Mittwoch drohten jetzt der Kriegsausbruch mit den Balkenführern über den Wortlaut der so叫 Beleidigungen zu führen.

Die von unseren Genossen geforderte Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten der Gruppen I bis VI.

Ist am Mittwoch im preußischen Beamtenausschuss angenommen worden. Der Finanzminister erklärte, die Kosten für die Wirtschaftsbeihilfe würden in Preußen 15 bis 20 Millionen, im ganzen Reich 75 Millionen Mark betragen. Man werde um eine Erhöhung der Steuern, besonders der Haushaltsteuer, kaum herumkommen. Neben dem sozialdemokratischen Antrag wurde noch ein Zentrumsantrag angenommen, der sich gegen die Auflassung der Reichsregierung wendet, nachdem die Auflassung der Beamtenbezüge im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei.

Die Ablehr der Sparer von den Deutschen Nationalen.

Halle, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht). Einen heimtückischen und unvorhersehbaren Angriff erlebten am Dienstag die Deutschen Nationalen infolge ihres Wohlfahrungsabwinkels in Halle. Dort hatte die Partei der Sparer und Aufwarter, der Mitgliedervertretung der Deutschen Nationalen angehört, eine Abrechnungsversammlung veranstaltet. Sie führte zu tumultuären Auseinandersetzungen der abtrünnig gewordenen Sparer von der Deutschen Nationalen Partei, die in dieser Versammlung von ihren ehemaligen Mitgliedern öffentlich der konfessionellen Worbrosen genannt wurde, die weder den Namen deutsch noch national noch Volkspartei verdiente. Am allertrüglichen, so führte der Redner der konfessionellen Partei aus, bezeichnet man diese Partei heute mit dem Namen Nationalkapitalistische Partei, denn was sie getan hat, ist weiter nichts als die jämals letzte Interessenvertretung des Großkapitals. Es sollte sich ferner heraus, dass die Deutschen Nationalen in Halle die Reibesfunde ihrer Wohlfahrtsältester bestmöglich verdrängt haben, als die enttäuschten Rentner jetzt noch einmal daran verlangten. Als solche Blätter verfasst wurden, war es mit dem letzten Rest von Einfluss der Deutschen Nationalen, die ihren ganzen Parteipapparat zur Rettung der verlorenen Sichtlinie ausgerichtet hatten, vorbei. Die verunsicherten Älter und Entlassungen führten und töten. Es liegt auch unter den Rentnern und Entlassungen.

Zur Krise der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Aus Warschau wird gemeldet: Ministerpräsident Grabowski forderte gestern mit dem Handelsminister Klarer und den Beamten des Wirtschaftsministeriums des Ministerrats über die gegenwärtige Spannung in den deutsch-polnischen Handelspolitischen Beziehungen. In einer Pressekonferenz erklärte Klarer, Deutschland müsse Polen vor allem in der Kohlefrage entgegenkommen, betonte aber gleichzeitig den Verständigungswillen, der polnische Verträge bestehen, die die Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland und Großbritannien zur Selbstverteidigung gegen Russland im Südosten. Dies ist ein wichtiger Punkt, da es die eines Mitgliedes der polnischen Delegation bei den Berliner Handelsvertragsverhandlungen beachtlich bedient.

Auf die letzten beruhenden Verhandlungen, die den Vertrag eines Handelsvereinbarung mit Polen beenden, hat die polnische Regierung bis jetzt nicht geantwortet.

Abbau der Reichsverfassung?

Von Paul Löbe.

In der deutschnationalen Fraktion hat ein plötzlicher Frontwechsel zwischen Draufgängern und Taktikern stattgefunden, ja noch mehr, bewährte Draufgänger sind plötzlich selbst in das Lager der klug wägender Strategen übergegangen. Man hatte schon seit geraumer Zeit erklärt, dass die Wiederaufrichtung der Monarchie keine Frage von heute und morgen sei. Intern- und außenpolitische Momente ließen diese Zurückhaltung sehr erklärik erscheinen. Aber die deutschnationalen Sieger wollten doch wenigstens einige kräftige Schritte in dieser Richtung sehen und Vorbereitungen für unvorhergesehene Zwischenfälle treffen.

Mancherlei ist da ins Auge gesetzt. Zunächst die Erweiterung der Befugnisse der Einzelstaaten. Ist die Monarchie in Gesamtdeutschland unmöglich, so könnte sie vielleicht ohne innerpolitische Katastrophe und ohne außenpolitische Eingriffe in diesem oder jenem einzelnen Lande, etwa in Bayern, möglich sein — vielleicht begründet sogar gewisse außenpolitische Kräfte ein solches Experiment als willkommenen Testzweck für das Deutsche Reich. Mithin ist die erste Forderung mehr Föderalismus für die Einzelstaaten. Das zweite ist die Abschaffung des gleichen Wahlrechts und die Heraussetzung des Wahlalters zunächst in den Gemeinden. Als Heerführer auf diesem Gebiet hat sich selbstamerweise Herr v. Hindenburg bemüht, der überhaupt in einer intensiven Rückwärtsentwicklung begriffen zu sein scheint. Als dritter, kennzeichnender Sieg der Regierung steht die Annahme Flaggentausch und Krönungsfesttage in Frage, also Dinge, die am besten geeignet scheinen, alle jene zu befriedigen, die sich mit Neuerlichkeit begnügen und an ihnen ihre Freude haben. In einer Verfassungskommission des Reichstags sollten alle diese „reformbedürftigen“ Angelegenheiten untersucht und der Rückwärtsentwicklung ein Weg gebahnt werden.

Aber es fiel ein Rief in die Frühlingsnacht überschwänglicher Erwartungen. Das Zentrum, das zur Mehrheit nötig ist, zeigte seine Bedenken, plötzlich hört man sogar Herrn Schlange-Schöningen mahnen, ja sogar vornehme Reden halten und beobachten, wie Minister Schiele die nationale Front vorsichtig etwas rückwärts verlegt. Herr Schlange versicherte, dass die Staatsform garnicht zur Debatte stehe, der Obrigkeitstaat überhaupt nie wieder eingeführt werden könne, dass er mit Helferlich vorläufig den Staat verteidige, so wie er ist, also auch die Republik. Herr Schlange beweist nicht, dass auch die Linke ihr Vaterland liebt, er würde einen politischen oder gesellschaftlichen Boykott gegen Republikaner höchst unanständig finden, wenn so etwas überhaupt vorläge, und er verkennt nicht, dass die in und hinter der Sozialdemokratie stehenden wertvollen Kräfte für den Wiederaufbau Deutschlands unentbehrlich sind. Rings im Kreise ist man erstaunt, von wo so viel Freundschaft kommt. Aber auch der Minister musste sich recht zurückhaltend und zwieschlächtig anstrengen, so führte der Redner der konfessionellen Partei aus, bezeichnet man diese Partei heute mit dem Namen Nationalkapitalistische Partei, denn was sie getan hat, ist weiter nichts als die jämals letzte Interessenvertretung des Großkapitals. Es sollte sich ferner heraus, dass die Deutschen Nationalen in Halle die Reibesfunde ihrer Wohlfahrtsältester bestmöglich verdrängt haben, als die enttäuschten Rentner jetzt noch einmal daran verlangten. Als solche Blätter verfasst wurden, war es mit dem letzten Rest von Einfluss der Deutschen Nationalen, die ihren ganzen Parteipapparat zur Rettung der verlorenen Sichtlinie ausgerichtet hatten, vorbei. Die verunsicherten Älter und Entlassungen führten und töten. Es liegt auch unter den Rentnern und Entlassungen.

Der Abbau der Republik wird etwas vertagt. Es soll überhaupt noch nicht offen abgebaut, sondern nur heimlich genutzt werden. Der Grund ist klar, dringendere Aufgaben stehen vor der Tür, stärkere Belastungen für den deutschen Bürger und damit auch für den deutsch-nationalen Wähler! Das Kapital soll vom „Steuerdruck“ erleichtert werden, die breiten Massen sollen belastet werden. Die „Wirtschaftler“ sollen ihre Industriezölle, die Großgrundbesitzer ihre Agrazölle erhalten. Ein paar Millionen Aufwertungszölle müssen sicher einkassiert werden. Auch die außenpolitischen aktuellem Freigaben lassen keine große Hoffnung auf nationallibertäre Zukunft erwarten. Warum zu allen diesen konkreten Belastungen noch ein neuer Vertrag eingehen und weitere Verhandlungen damit gegen die polnische Seite?

Aber der heimliche Wähler ist immer gefährlicher als der offene Feind. Für die Republikaner gilt es doppelt auf der Hut zu sein. Will es ja bestehen, will

die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe ihre wichtigen politischen Folgen haben. Verfassungsfragen sind Machtfragen, das wissen wir, und um die wachsende wirtschaftliche Macht der Anti-Republikaner geht es bei den bevorstehenden Kämpfen. Gelingt es, die ökonomische Kraft der Arbeiterklasse durch Zölle und Steuern und weitere Arbeitslosigkeit zu schwächen, dann verbessern sich die politischen Ausichten der Reaktion. Wer gegen den ~~Kaufmännisch~~ ^{sozial} Kampf, Steuergezähmtigkeit fordert, und den Betrug der Gläubiger anprangert, kämpft zugleich für die Republik. Das sollen alle wissen, wenn in den nächsten Wochen die Wellen dieses Kampfes hoch emporstäuben und weite Volksmassen aufrütteln, die heute etwas in politische Rathärtung gerieten sind.

Aus dem Weiße

Der Steuerauschluß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf über die Vermögens- und Erbschaftsteuer. Bei der Beratung der Frage, ob das Vermögen der öffentlichen Betriebe besteuert werden soll, erklärten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Bäuerlichen Volkspartei und der R. P. D., daß die öffentlichen Betriebe der Allgemeinheit zugute kommen und deshalb nicht durch eine Vermögenssteuer belastet werden dürfen. Dr. Fischer erwiderte für die Demokratische Partei gegen diese Auffassung lebhafte Bedenken, da den öffentlichen Betrieben durch die Erörterung einer so ungewöhnlichen wichtigen Spezies wie bei Vermögenssteuer bei der gießenden und künftigen Steuerbelastung ein nicht zu rechtfertigender Vorsprung vor dem privatwirtschaftlichen Betriebe gewährt werde. (!) Auf Vorschlag eines Regierungsvertreters wurde beschlossen, die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe einem Unterausschuß zu überweisen. — Bei der Beratung der Vermögenssteuer wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der die Vermögenssteuer auf jährlich 5 v. H. des abgetrennten Vermögens festsetzt. Dieser Steuersatz ermöglicht sich auf 2 v. H., wenn das Vermögen 10 000 Reichsmark nicht übersteigt und erhöht sich auf 7,5 v. H., bei einem Vermögen, das 5 Millionen Reichsmark übersteigt. Der Höchstsatz für Vermögen, die der Ertragbesteuerung durch Länder und Gemeinden unterliegen, beträgt jedoch 5 v. H. Die über 5 v. H. hinausgehenden Entnahmen der Vermögenssteuer sollen für die Berechnungen für 1925 und 1926 seine Anwendung finden. Die Vermögenssteuer soll entsprechend einem Zentrumsantrag bis zum 31. Dezember 1928 unter keinen preis gestellt werden.

Der Börsenwirtschaftliche Zusatz des Reichstages vernahm am Mittwoch unter anderen den Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schäffl, den Präsidenten der Preußischen Genossenschafts-fasse, Semper, den Präsidenten Schwarz von den Vereinigten deutschen Hypothekenbanken als Sachverständige über die Errichtung der Agrikreditanstalt. Wesentlicher Widerstand gegen das neue Institut, der früher in Kreisen der von den Sachverständigen vertretenen Institute vorhanden gewesen war, wurde nicht geäußert. Hier scheint also das Kompromiß die Wogen geglättet zu haben. Allerdings hörte man auch wenig von einer warmen Begrüßung des Instituts. Bezeichnend sind die Ausführungen des Präsidenten Schwarz, der sich gegen eine Ausfassung wendte, daß die bestehenden Kreditinstitute für den landwirtschaftlichen Kredit nichts mehr leisten könnten. Außerdem wies Schwarz darauf hin, daß der amerikanische Kredit nicht billig sei und daß die deutsche Landwirtschaft eine schwere Zins- und Amortisationslast gegenüber dem Ausland auf sich nehme. Das deutet sich aber mit unserer schon mehrfach dargelegten Meinung, daß die überholte Verhältnisbildung der deutschen Landwirtschaft bestimmte Folgen bedingt der Existenzfähigkeit vieler landwirtschaftlicher Kreditnehmer nach sich ziehen wird.

Im Mittelpunkt der Erörterung standen die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schäfle. Er bejahte grundsätzlich die Möglichkeit, durch das Kreditinstitut ausländische Kapitalien hereinzuholen. Gegen das Institut sei vom Standpunkt der Führungspositik kein Bedenken zu erheben. Das gleiche gilt auch von der Valuta, so lange sich die Verschuldung innerhalb festgelegter Grenzen bewegt. Hinsichtlich der Devisen- und Diskontpolitik betonte der Reichsbankpräsident, daß er keine bestimmten Wünsche habe, weil er darauf vertraue, daß das Agrarfreditinstitut darin nur im Einvernehmen mit der Reichsbank verhandeln wird. (Ob sich Schäfle hierbei nicht irrt, muß die Praxis ergeben. Red.)

Durch die Genossen Sender wurde beantragt, daß der Ausdruck die Regierung ersucht, die wesentlichen Bestimmungen der Satzungen, die befürchtlich dem Reichstag nicht vorgelegt worden sind, in den Gesetzesentwurf hineinzuwerken. Weiter beharrte Frau Sender, die Satzungen und Durchführungsbestimmungen unbedingt dem Reichstage zur Genehmigung zu unterbreiten.

Anthony John.

Roman von Jerome A. Jerome.

46] — (Kopfbild verboten.)
Wie über wäre es in einem ganz anderen Fall, wenn eine junge Mutter dem Problem der Zukunft ihrer Kinder gegenübersteht? Welche Antwort hätte sie leicht vor zehn Jahren gegeben? Dieser Gedanke beschäftigte mich ihrer. Sie prüfte ihn von allen Seiten, nicht als persönliche Sache, sondern als die einer Gemeinschaft. Würd' man denn reich sein, um das Glück der Kinder zu fördern? Die Kinder selbst würden diese Frage mit "nein" beantworten. Der kleine Knabe verlangt nicht den Luxusauszug und den Epikurfragen. Das kleine Mädchen will nicht das Ehrenberetor verlassen, das in den Wald führt. Die Kindheit bedarf der Freiheiten nicht: ihre Freuden sind billig. Und auch die Freuden der Jugend sollen nur zweiges nicht als Freiheit und Romantik seien. Das Frühstück, das Tennis-crelli, das Brett mit einem Sch. das nach für wenig Geld kaufen und selbst reparieren, ja sogar die Krone der jungen Schönheit, das Reitstall — für all diese Dinge braucht niemand keine Ecke ausschließen. Und Erziehung und Bildung können nicht vom heruntergegangen" Schulen, sondern vom Reiter ab. Durch das fröhliche Spiel anderer Kinder durch den großen Palastum gefördert — oder

Wenn wir andere Kinder nicht mehr im Glauben ein Reim-
buch ergötzen, wenn wir sie lehren, das befiehlende Dasein, die
Glocke im kleinen Hause nicht zu fürchten. Können wir glauben, doch
sie in einer großräumigeren Welt hoffentlich so glücklich werden?
Können wir sie bestärkt vor der Sorge nach dem Werk beschützen, vor
dem Kummer jenseit, die es nicht erlangen, befürchten? Die Liebe
zum Geld, der Glorreiche ein das Geld, sind sie nicht die Mutter von
allen Schwächen unserer Freuden und unglücklichen Enden? Wie, wenn
dann die Kinder lehrte, nicht vor dem Geld auf die Knie zu
wenden, es nicht anzuflehen, ihm nicht Segens, Gewissheit und
Freude zu wünschen? Würde es den Kindern in diesem Falle nicht
viel leichter lieber gehen? Und was füllt ihn ein, daß sie noch
nicht die religiöse Seele überzeugt habe. Sie lasste; es ging ja
immer, die Seele sei verantwortlich, der Körper sei der Täuscher. Und
würde sie eines Tages reden? Ob es nicht einer großer Fehler
würden, daß sie zwischen jener Religion und mit Leben einen
unterschiedlichen machen, während Zeiten zum Guten, wischen Taten
und Sünden sich unterscheiden? Das politische System wird sie
unterstützen.

Bei den ersten Sagen spricht man bei Strohs - ein sehr
langhaariger Stroh, und die Früchte sind sehr klein.

Der bairische Kirchenvertrag im Reichstag.

Der Gesetzentwurf über die Finanzfliebung der Vermögenssteueranrechnung vom 15. Mai 1925 bis zum 15. August 1925 wird ohne Ausdrücke in allen drei Rechnungen angenommen.

Das kantische Konkordat. Es kommt dann die sozialdemokratische Interpellation über den Schutz der Reichsverfassung gegen Versicherungen durch das kantische Konkordat zur Verhandlung.

Staatssekretär Zweigert teilt mit, daß Reichsinnenminister schreie sich eine Fuhverlegung zugezogen hat, zu der eine Zellen- gewahrsentzündung hinzugetreten ist. Auf ärztliche Anordnung ist der Minister daher gezwungen, das Bett zu hüten und an das Krankenzimmer gefesselt. Eine Kabinettssitzung über die auswärtige Lage hat daher im Krankenzimmer stattfinden müssen. Das gleiche Verfahren läßt sich gegenüber dem Reichstage leider nicht anwenden. (Heiterkeit.) Der Minister bedauert außerordentlich, daß er die Interpellation nicht selbst beantworten kann.

The Saenger (Singer):

Die bayerische Regierung hat dem Landtage ein Manuskript mit einem Konkordat der katholischen Kirche vorgelegt, das am 18. Januar vom bayrischen Landtag angenommen wurde und am 27. Januar in Kraft getreten ist. In unserer Interpellation weisen wir darauf hin, daß die Reichsverfassung in mehrfacher Beziehung verletzt worden ist und fragen, was die Reichsregierung dagegen zu tun gedenkt. Wir beabsichtigen nicht im geringsten einen Kampf gegen die Kirche oder eine Verleugnung des religiösen Geistl. Der Redner führt mehrere Verkürzungen hervorragender Mitglieder der Kirche an, in denen besagt wird, daß gerade in den Ländern mit republikanischen Verfassungen sich die katholische Kirche der notwendigen Bewegungsfreiheit eritreue. In dem altherlichen Deutschland war es anders. Es gab zahlreiche landeskirchliche Verbände, die katholischen Geistlichen befanden sich in einer Zwangslage, der preußische König hatte gegen die Erkenntnung katholischer Bischöfe ein Vorrecht. Wenn wir also das bayerische Konkordat ablehnen, so geschieht es nicht, weil wir die Bewegungsfreiheit der Kirche einengen wollen, sondern weil das Konkordat in vielfacher Beziehung in die Reichsverfassung eintrifft und sie verletzt.

Dem Reichstag steht das Recht zur Prüfung des Bayrischen Konfordsatz zu. Nach dem Artikel 18 der Reichsverfassung bricht ~~die~~ ^{der} Bündesrecht. Dieser Grundzüg hat auch dann zu gelten, wenn ein Throntheil von Bayerns bayerisches Landesrecht geworden ist. Auch völkerrechtlich gilt jedes Throntheil nur dann, wenn es nicht gegen die Verfassung verstößt. Nach Artikel 78 Absatz 2 der Reichsverfassung können die Länder solche Angelegenheiten, die sie gesetzlichen Regelung des Landes unterziehen, selbst mit dem Auslande erledigen, aber ihre Abmachungen sind an die Zustimmung des Reiches gebunden. Ob der Artikel 13 verletzt ist, ist eine Rechtsfrage, die darum das Reichsgericht zu entscheiden ist. In richtige nimmt die Anfrage an die Regierung: Wird sie von diesem Artikel Gebrauch machen und das Reichsgericht anstreben? Wenn nicht, welche Gründe hat sie, das nicht zu tun? Es besteht in Streit darüber, ob Throntheile mit dem römisch-katholischen Stuhl nur einen moralischen Charakter haben und nicht völkerrechtlich gebunden sind, weil der päpstliche Stuhl nicht ein Staat im Sinne des Völkerrechts ist. Wer sich auf diesen Standpunkt stelle, für den kommt also die Genehmigungspflicht durch das Reich nicht in Frage. Wenn man nun aber auf den anderen Standpunkt stellt, daß es sich um einen quasi Völkerrechtsvertrag handelt, kann man die Genehmigung des Reiches herbeiführen. Ich sage nunmehr die Regierung: Ist die formelle Genehmigung ausgeführt worden? Wer das Schreiben der bayrischen Regierung ist eine Höchstleistung und schließlich wieviel ist und welchen Inhalt hat das formelle Reichs konfordsatz? Es besteht die außerordentliche Gefahr, daß nach bewährter bayrischer Methode das Reich vor eine vollendete Tatsache gestellt werden könnte. Schließt das Reich ein Konfordsatz, das in wesentlichen Punkten von dem bayrischen Konfordsatz abweicht, dann wird die beteiligte Seite können, nach dem Grundsatz vom Reiche alles verlangen, aber dem Reiche nichts zu geben. (Sehr richtig! i den Sozialdemokraten.)

Der Redner weiß im einzelnen nun, gegen welche Bestimmungen der Reichsverfassung das bayrische Konfordsatz verstoßt. Im Artikel 10 des bayrischen Konfordsatz sind die Grundzüge niedergelegt, nach denen die Abstellungen der Staatsleistungen erfolgen sollen. Nach Artikel 138 Absatz 1 der Reichsverfassung bestimmt aber das Reich die Grundzüge für die Abstellungen der Leistungen an die Religionsgesellschaften. Der Artikel 6 des bayrischen Konfordsatz verletzt die Artikel 146 und 174 der Reichsverfassung, in denen das Schulesen geregt ist. Selbst der ehemalige Reichskanzler Marx hat ausgeführt, daß bei den bestehenden Verhältnissen in den Ländern alles unverändert bleiben soll, bis das Reichsschulgesetz feststellt. In anderen Staaten, die ebenfalls Konfordsatz eingeführt haben, ist

Die Christlichen Tugenden des Oberen und des Selbstgefeins. Hier wird der Ort des Leidens zum Ort der Ehre, der verlorene Posten ein Ehrenposten. Dem Soldaten wurde beigebracht, den Kameraden wie sich selbst zu sein, mehr als sich selbst zu lieben, nicht als leere Formel, sondern als notwendige Pflicht. Sein ein Krieg das, ist erwartet jedes Land, es sei auch Christi Lehren zu befolgen. Da Iahucan zu ihr sprach, leise ist seine Predication, sie möge ihren Reichstümern entsagen, es untiere, unpersonalie Manifestation über die Liebe zu den anderen und sich selbst hassen, ungeschicktlich. Hätte er aber dabei England gesprochen, wäre dies zumindest des Krieges geschehen, wenn sie sein Verboten gewollt, würde selbst zu größeren Akten bereit gewesen sein. Und die Menschen, deren Hahn sie ist fürchtete, hätten ihr Beispiel gespaziert. Hatte etwa jemand in jungen Freiwilligen gelegt, er möge werkt an seine Frau und die Kinder, an deren Schmerzen, an deren Leidens bedenken — und ist dann an die Heimat? Aufwangs Beifall, in die rauhige, unruhige Stadt zu ziehen, dort unter den ersten Feinden zu leben, läßt sich nur leicht vorstellen. Er hätte den Eltern vom Müllereck weit besser helfen können, wenn er seine Reichtümer weiter gegeben hätte. So mit Gatten abgeschrägt hätte. Darauf würde er mit besser zu helfen vermocht haben, möglich und reich, ein starker Kater bei Menschen. Was aber fand er als örmlicher Abgesetzter in Uneten Spuren hin?

Siehe sie während des Krieges bereit an die Menschen
zu treten, die zuer Gelt geladen, sich aber vor dem Schützengraben,
im Schanz und dem Stiel brüsten, an die Schreiter, die anderen
zu Tode des Dienstes wicken?

Werden reich, weiß arm, werden vermehrt, noch gering,
auszubauen und Solden; — wenn wird der Sieg errungen sein,
der allen Anstrengungen ein Ende bereithält — der Sieg des Menschen
oder der Feind?

Die Rauhmasse über der treulichen Stadt war in der Nacht
geblieben. Bis ihrer Sicht leuchtete ein blumiger roter Schein
wie einer Glühwürmchen.

Einer wurde ab und ließ in der großen Schule mit ausgebildeten Polysen. Sie ist noch jung, im Selbstbewusstsein und Stolz und Größe; aber ihr liegen Nüsse mit ihrer Verantwortung von Kraft und Größe. Das plötzlich erforderte ist, dies das gewollte Abschneiden der Stoff, das die Räume und Menschenrechte ruft, einerlei, wohin — horren, wo Gottes Leute sind. Vespernde — bald fern, vielleicht nah — ist das geistige Bild. Sie lässt sie es finden, aber zunächst nur feste Hände. Wenn nicht — so sollte man sich auf die Abreise des Heils freuen.

15. Sie wird jetzt Friedenswege entlegen und eine große Geschichte. Diese in Sicht, werden sie frohig

verstoßen gegen das Reichsrecht in Sachen der Geschlechterung und greifen in das Leben der deutschen Hochschulen ein. So wird dem bayrischen Staat die Verpflichtung auferlegt, für die philosophischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg mindestens je einen Professor der Geschichte, in dessen katholische Gestaltung kein Zweifel gelegt werden kann, anzustellen. (Hört, hört!) Der bayrische Staat ist auch verpflichtet, als kirchliche Oberherren Ausländer anzuerkennen. Die deutsche Schule ist niemals Kirchenschule, aber hier wird der bayrische Staat verpflichtet, die Ausbildung der Lehrer in einer Weise vorzunehmen, die dem Geiste des katholischen Glaubens entspricht. Das steht im Widerspruch zur Reichsverfassung. Die Geschichte wird später einmal die Männer loben, die die Einheit des Reiches gewahrt haben, und weil wir an die Einheit des Reiches glauben, darum bekämpfen wir das Konkordat. Deshalb begrüßen wir alle, die mit uns Sozialdemokraten für das größte Gut unserer Nation kämpfen wollen, für eine freie deutsche Schule in der freien deutschen Nation. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Zweigert

weist in seiner Bantwortung der Interpellation darauf hin, daß das bayrische Konkordat seit der Neuregelung der staatsrechtlichen Verhältnisse der erste Fall sei, daß ein Land seine Beziehungen zur Kirche im Wege des Uebereinkommens geregelt habe. Die Trennung von Staat und Kirche sei für die großen Religionsgemeinschaften in der Reichsverfassung nicht durchgeführt worden. Die Kirchengemeinschaften hätten vielmehr die Stellung von "öffentliche-rechlichen Körperschaften". Die bayerische Staatsregierung habe, entsprechend einer früheren Zusage, das Konkordat vor seiner Unterzeichnung der Reichsregierung vorgelegt. Der damalige Reichskanzler habe nach Prüfung der Vorlage im Einverständnis mit dem damaligen Innen- und Justizministerium und namens der Reichsregierung erklärt, daß gegen den Entwurf des Konkordats auf Grund der Reichsverfassung Einwendungen nicht erhoben werden können. Hört! Hört! (Ints.) Es handle sich bei dem Konkordat auch nicht um einen Vorstoß gegen Artikel 78 der Reichsverfassung, der den Vertragsabschluß mit auswärtigen Staaten dem Reiche vorbehält. Der päpstliche Stuhl sei kein auswärtiger Staat im Sinne dieses Artikels. (Zustimmung rechts.).

Die Katholiken (DmL) glaubt, daß es den Sozialdemokraten darauf ankäme, die Regierungsgemeinschaft zwischen Zentrum und Deutschnationalen dadurch zu stören, daß sie sich als Schützer vor dem Katholizismus hinstellen. Man müsse zugeben, daß gegenwärtig die konfessionellen Gegensätze von Tag zu Tag stärker werden. In dem Konfordat könne eine Verleugnung der

Reichsverfassung nicht erblüht werden.
Von Dr. Bell (Zentr.) gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Zur Förderung des Reichsgesetzens und zum Schutze der Reichsverfassung ist es von wesentlicher Bedeutung, daß den Ländern verbliebenen Rechte nicht angetastet werden, und daß jeder Eingriff in deren Zuständigkeit sorgsam verhütet wird. Das gilt insbesondere von Bayern. Dadurch können Reichsinvestitionen und Reichstreue nur gewinnen. Dabei soll der Gedanke aber nicht zurückgestellt werden, daß es Pflicht der Reichsregierung ist, darüber zu wachen, daß durch Maßnahmen der Länder die Interessen des Reiches nicht verletzt und die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten nicht übertritten werden. Diese Verpflichtung hat die Reichsregierung auch bei dem bayerischen Konkordat erfüllt. Das zuständige Reichsministerium ist zur Bejahung der verfassungrechtlichen Zusätzlichkeit des Konkordats gelangt. Wir haben keinen Anlaß, dieses Ergebnis in Zweifel zu ziehen. Die Aussäusung der Interpellanten, daß es gegen Recht und Verfassung verstöfe, daß Lehrer, die grundsätzlich die Erteilung von Religionsunterricht ablehnen, von den konfessionellen Schulen ausgeschaltet werden können, müssen wir zurückweisen. In der Verfassung ist im Bezug auf die Bekenntnisschule der Schwerpunkt auf den Willen der Erziehungsberechtigten gelegt, und die Bekenntnisschule ist dort fest verankert. Dabei soll in die verfassungsrechtlich gesicherte Gewissensfreiheit keinesfalls eingegriffen werden, so daß Lehrer, die die Erteilung des Religionsunterrichts nur aus anuerkennenden Gründen, nicht grundsätzlich ablehnen, von der Abschaffung nicht betroffen werden. Wer als Lehrer an der Bekenntnisschule angestellt werden will, muß sich dazu verpflichten, im Geiste des Bekenntnisses den Unterricht zu leiten. Man verzerrt vollständig die Grundbegriffe als Toleranz, wenn man die unterschiedlichen Religionen zu gleicher Stellung bringt, ohne das körperliche

entgegengesetzten Anführungen zu Angriffen gegen das bayerische Konkordat auszuweiten sucht. (Zustimmung u. Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Rahl (D. Bp.) erklärt, daß sich in Bayern gegen das Konkordat selbst Widerspruch erhoben habe. Das gegenwärtige Konkordat lehne sich allzu eng an das von 1817 an, das viel Widerspruch gefunden habe. Der Redner erklärt, daß, wenn er als bayerischer Abgeordneter zu dem Konkordat hätte Stellung nehmen müssen, er das Konkordat abgelehnt hätte, nicht weil er annahme, daß es im Widerspruch zu der Reichsverfassung stehe, sondern weil es dem Artikel 10 der bayerischen Verfassung widerstreiche, indem es eine neue Leistung beim bayerischen Staate auferlegt, wozu eine verfassungändernde Mehrheit erforderlich gewesen wäre. Vom Reiche aus betrachtet, könne aber die Zuständigkeit Bayerns zum Abschluß eines Konkordats nach Artikel 78 der Reichsverfassung unmöglich bestritten werden.

Abg. Herdegen (Komm.) lehnt das Konkordat ab, das die das Gebiet der Schule und Bildung özüglichsten Artikel der Reichsverfassung verliche. Es bediente einen Versuch, die Macht der Kirche gegenüber dem Staat zu stabilisieren.

Abg. Dr. Gündling (Dem.) hebt hervor, daß die Weimarer Verfassung die katholische Kirche sehr gefördert habe. Es sei richtig, daß genüg der Reichsverfassung eine Zustimmung des Reiches zum Abschluß des Konkordats nicht notwendig gewesen sei. Das bedeute aber eine bedauerliche Lücke in der Verfassung. Der Redner ist der Ansicht, daß die Bestimmungen des Konkordats mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen seien; er führt hierüber auf nachhaltige deutsche Rechtslehrer, wie z. B. Anschütz, Rothensebacher, München usw.

Abg. Dr. Grebe (Württ. Bad.) ist der Ansicht, daß das

Richterdat nicht gegen die Reichsverfassung verstoßt.
Bei Schluß der Ausprüche wendet sich
Abg. Saenger (Soz.)
gegen die Beleidigung, daß der früheren katholischen Minister-
präsident Hoffmann mit dem päpstlichen Stuhl in Verhandlungen
wegen des Abschlusses eines Konkordats eingetreten sei. Diese
Verhandlungen hätten lediglich darin bestanden, daß Hoffmann
die Würde des Kardinals entgegennahm. Einige deutsch-nationale
Abgeordnete haben von mir Beweise dafür verlangt, daß Wil-
helm II. des Hauses Hohenzollern sich in abfälliger Weise gegen
die katholische Kirche gewandt hätte. Ich habe inzwischen fest-
gestellt, nach der "Römischen Volkszeitung" vom 17. Januar 1920,
daß Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen am 21. Sep-
tember 1914, also während des Krieges, die Katholiken die
größten und unerschöpflichsten Freude des Reiches nannte, die
Kirche sei eine internationale, jumorale und demokratisende
Institution. Es ist auch bewiesen worden, daß der frühere
Kanzler sich ebenfalls über die Katholiken geäußert habe. In
einem von dem jetzigen Reichstagsmitglied Walter Göh herum-
gegebenen Brief ist ein Brief vom 7. April 1895 an den zuständigen
Bischof abgedruckt. In dem es steht: "Der Reichstag führt Sie ja
durch die Kurie auf. Er kommt mit Ihnen zwei Vertretern,
den Sozialisten auf der einen und den Bismarckianen Sozialisten
auf der anderen Seite. Beide Kurien sind es sich, gehalten
zu werden. (Große Gelassenheit)"

Vom 14. bis 28. Juni

Johannisfest mit Hagenbecks Singhalesenschau

Heute: Großer Elitetag

Riesenprachtfeuerwerk

mit sensationellen
pyrotechnischen Darbietungen

Freilichtspiele (Hans-Sachs-Spiel) der „Deutschen Jugendkraft“. — Turnerische und leichtathletische Wettkämpfe.

Dauernde Vorführungen aller Sehenswürdigkeiten

Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf. — Kinder 20 Pf.

5204

Stadttheater.

Donnerstag 7 Uhr:
„Lohengrin“
Freitag 7½ Uhr:
„Die Zauberflöte“
Samstag 8 Uhr:
„Arlequin“
Sonntag:
„Singhalese“.

2518

Lobe-Theater.

Tl. R. 6774 u. R. 6700.

Donnerstag und Freitag, 8 Uhr:
Wer weilt am Jackson?
vom J. Hans Rehirsch.
Freitag, nachstags 3½ Uhr
im kleinen Preisen:
Mina von Sarabell
Lustspiel von Lessing.
Samstag, abends 8 Uhr:
Erstaufführung!
Stets Personen
aus einem Alter
von Luigi Pirandello.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telefon Ring 2545

Mittag 8 Uhr:
„Annecese von Bessan“
Samstag abends, 3½ Uhr:
Das Brautdilemma.
des Wohlmeisters.

Theater - Theater.
Nur noch 4 Aufführungen!
„Otto der Treue“
Anfang 8 Uhr.

Kurgarten

Kleinburg - Kärrassiersstraße 12/18

Täglich
nachmittags und abends:
Gretes

Künstler-Garten-Konzert

Kapelle: Schieweg

Eintritt frei!

Freie Konzerte sowie jeden Sonntag:

Kurgarten - Ball!

Der großartig restaurierte Festsaal steht zu einzelnen
Sammelabenden für Vereine zur Verfügung.

Proletarier!

Besieglt die Illusionen des
Spartakusdramas! Lest die
Weltgeschichte Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
geschrieben und verwendet wird!

ohne jeden Zwischenhandel

Reisen wir für

Mk. 230 per Liter

einschließlich Steuer des berühmten

Alten Breslauer

35 %

Ursprünglich aus ganz Deutschland berühmten

Edel - Liköre

320 360 per Liter

und

von Kirschsaft, Pfefferminz-

Pfefferminz-Saft

Herdweg & Co.

16, Kärrassiersstraße 45

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

2518

Donnerstag, den 18. Juni 1925

Beilage zur Volkswacht

Donnerstag, den 18. Juni 1925

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telephone: Ohle 5652.

Vertrauliche Nachrichten.

Heute abend pünktlich 8 Uhr wichtige Funktionärsempfehlung im Gewerkschaftshaus. Kein Betrieb darf untertreten sein. Distrikt 15. Alle Genossinnen und Genossen werden schon heut auf unter am Sonntag, den 28. Juni, im Osnabrücker Walde stattfindendes Kündigungskomitee auftreten kann gemacht. Nächste Beauftragung erfolgt noch nächste Woche. Distrikt 36. Beim Distriktsführer können noch einige schwartzrot-goldene Fahnen, Größe 0,80 x 0,45 Meter, zum Preis von 1 Mark pro Stück abgeschafft werden. Parteidienststelle. Gemeindebetriebe. Heute abend 8 Uhr muss alles vollzählig und pünktlich zur Stelle sein. Parteidienst und alle Funktionärsarten zwecks Unterricht mitbringen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Juni.

Die Gestaltung der Großstadt.

Anlässlich des Preußischen Städteages, der Ende Mai in Köln am Rhein zusammengetreten war, hielt einer der angestammten Fachleute auf dem Gebiete des Städtebaus, Stadtbaudirektor A. in Köln, einen Vortrag über die mit dem Wachstum der Großstadt zusammenhängenden Fragen. Er kam dabei auch auf die Breslauer Verhältnisse zu sprechen und führte nach dem inzwischen eingegangenen Bericht im einzelnen aus:

Das Problem der Großstadt ist nur zu lösen, und es ist zu lösen, wenn man die Großstadt und die sie tragende Gesamtentwicklung befasst. Es ist mindestens ebenso ein wirtschaftliches und ein geistiges, wie in technisches Problem. Die Lösung der im Städtebau gegebenen sozialtechnischen Aufgaben in Deutschland hängt nicht nur von unseren rechtlichen Instrumenten und Verwaltungseinrichtungen ab, sondern vor allem anderen von unserer politischen und wirtschaftlichen Sicht und von der Entwicklung unserer wirtschaftspolitischen Denkungsart. Wir stehen hier in einer entscheidenden Krise. Wir müssen vom konsumtiven Denken, das sich auch in der Parole von der unbedingten Sparfamilie nicht ungefährlich ausdrückt, zum grundfestsicheren produktiven Denken kommen. Die Gestaltung der Großstadt sucht Dezentralisation innerhalb der Konzentration. Der Leitgedanke ist die aufgelöste Sternform des Städtebaus. Je weiter unser Leben und wir selbst werden, umso enger führen wir uns wieder mit der Natur zu verschließen. In den letzten Jahren ist dieser Gedanke von dem englischen Städtebauer Unwin zur Theorie der Trabantenstadt fortgeschritten worden. Wenn man sie als Kampfmittel gegen die Großstadt als solche anwendet, wird sie verfangen oder mehr Unheit als Segen stiften. So, wenn man sie, wie in Breslau, benutzt, um die Großstadt zu verhindern, das für gesunde Gestaltung notwendige Gebiet zu erwerben. Die Großstadt muss das Gebiet von ländlichen Bezirken, das erforderlich ist, um sich in einer gebundenen, aufgelösten, weiträumigen Form weiterzuentwickeln. In Köln ist es gelungen, diesen notwendigen Gebietsumfang für eine geplante, großzügige Gestaltung des Siedlungsbörpers in teilweise austreichendem Maße zu erreichen, und hier ist im Siedlungsplan vielleicht zum ersten Mal in der Welt eine Gestaltung in größtem Maßstab unternommen worden. Ein Großteil dieser Gebiete beginnt das Gebiet, in dem Trabantenstädte sich von selbst entwickeln oder entwickelt werden müssen. Hier beginnt ein Problem, das über das des Städtebaus hinausreicht und ihm umfasst, das Problem, in dem die Großstadt zur Synthese mit dem Lande kommt: die Bezirke und Landesplanung. Es geht darum hinaus, höchstlich das ganze Land einer plausiblen Raumwirtschaft auszuführen. Dieser Ausspruch entspricht es, dass Köln mit den meisten benachbarten Gemeinden und Kreisen gemeinsame Planung vereinbart hat und fortlaufend in Führung steht. Die konkreten Einzelprobleme zu erörtern, sieht hier die Zeit. Wichtiger erscheint es mir, darauf hinzuweisen, dass unter deutscher Städtebau noch außerordentlich ungleich entwickelt ist und mit einer außerordentlichen Menge unvorbereitlicher Kleinarbeit belastet wird. Wir leben in veralteten Maßstäben. Er wird auch dazu führen, dass die bürokratische Angelegenheit betrachtet und ist nicht entfernt so von der Defizitlichkeit getragen wie etwa in Amerika. Dabei fällt es trotzdem schwer, große Pläne wie Durchläufe, Straßennetzpläne, durchzuführen als dort. Wenn man jetzt vollen dazu übergeht, die großen Städte mit Großstadt in ihrer Entwicklung zu einem so hohen, so komplexen wie natürlichen Gesamtentwicklung und versucht einen weiteren Bruch zu den vielen vorhandenen in unserer nationalen Kraft. Wir müssen vorwärts, nicht rückwärts schauen. Wir müssen unseren Blick weiten für die großen Zusammenhänge und Notwendigkeiten, die uns tragen. Nur so haben wir auch im kommunalen Leben und im Städtebau eine Zukunft.

In der anschließenden Aussprache bestätigte Senator Oelzner-Altona die Ausführungen des Redners, insbesondere aus früherem eigenen Augenblick — seine Darstellung der Breslauer Verhältnisse. Stadtoberhaupter Menzer-Solingen bestätigte seinerseits im Namen der sozialdemokratischen Gruppe des Städteages sein Einverständnis mit der grundfestsicheren Ausprägung des Vortragenden.

Die Maulwurfsgrille im Garten

Der größte Feind unserer Klein- und Schrebergärtner ist entweder die Maulwurfsgrille, auch Werke genannt (Gryllotalpa vulgaris). Unsere wertige Bevölkerung hat sich mit vieler Mühe ihr kleines Gärtnchen draußen außerhalb der Stadt angelegt und pflegt es mit besonderer Liebe und Freude, nicht allein, wie es in der Kriegs- und Inflationszeit zur Notwendigkeit wurde, um sich das für die Gesundheit der Familie erforderliche und damals fast unerschwingliche Gemüse selbst heranzuziehen, nein, um auch nach des Tages Lust und Mühe Erholung mit seiner Familie in der freien Natur zu suchen. Was Arbeit heißt kann nur der ermessen, der Tag aus, Tag ein hinter Ambos und Schraubstock steht, oder dauernd sein Augenmerk auf die zu bedienenden Mausen richten muss; er braucht Erholung.

„Der Mensch braucht ein Plätzchen und wär's noch so klein, von dem er kann sagen: „Sieh, hier, das ist mein.“ Hier lieb ich, hier lieb ich, hier ruhe ich aus.“

Hier ist meine Heimat, hier bin ich zu Hause.“ Wenn er dann, nach 8 Stunden angestrengter Arbeit, seinem lieb gewordenen Schrebergarten befreit, entdeckt er zu seinem Leidwesen, dass sein mit vieler Mühe gepflanztes und gepflegtes Gemüse weit davor ist, er wunderlich giebt und kommt am nächsten Tage mit neuen Hoffnungen in sein Gärtnchen, aber auch, liegt sind, trotz seinem Gießen, die Pflanzen ganz vertrocknet. Den unsichtbaren Feind kennt er nicht, er sieht nichts vor den Täuschen seiner Habe. — Er entdeckt er plötzlich ein kleines, etwa wie ein kleiner Finger starkes Loch, er fährt mit dem Finger den Gang, der sich unter der Erde fortsetzt, nach und sieht da, der Gang führt unter einer vertrockneten Blatt, er zieht sie heraus und findet, dass die Wurzeln abgeschnitten sind. Jetzt ist er auf der Spur des Täters; auch bei der nächsten vertrackten Pflanze verfolgt. Da die Röhre etwa 2 bis 3 Zentimeter Durchmesser hat, läuft sich dies ganz gut ausführen. Nach verschiedenen Windungen

des Gangs führt derselbe endlich nach unten und man gelangt zu einer etwa hüppereigroßen Aushöhlung, der Brusthöhle des Mistätters, der Maulwurfsgrille. Hier befinden sich etwa 200 bis 300 tierfressende Eier, die in einem anschwellenden Häufchen aufgetürmt sind. Mit einem Löffel räfft man die Eier vorsichtig heraus, vernichtet sie und findet dann unten: in dem Raum eine andere Röhre, die etwa bis 30 Zentimeter senkrecht nach unten geht. Hier sitzt die gläubische Mutter und bewacht ihre Brut, sie kann dann getötet werden. Nach etwa 14 Tagen, meist im Juli, würden die Jungen ausgetrieben sein, sie lehnen anfanglich fast wie Menschen aus, nur sind sie gelblich gefärbt, erst allmählich, nachdem sie sich fünfmal gehäutet haben und dann völlig ausgewachsen sind, nehmen sie das erdblaue, saubere Gewand der Eltern an. Die ausgewachsene Maulwurfsgrille wird etwa so lang und dick wie ein kleiner Finger. An der Brust befinden sich zwei, zu kräftigen Grabhaken ausgebildete Vorderfüße, ähnlich denen des Maulwurfs, die auch zu ihrem Namen Maulwurfsgrille geführt haben. Sie hat mit den Grabhaken 6 Füße, einen kräftigen dreieckigen Kopf mit starkem Gebiß, zwei Augen und zwei etwa 1½ Zentimeter lange Fühler, ein langes starres Brustgild, ähnlich dem Krebs. Ihr Hinterleib ist plump und weich, über denselben laufen zwei vierrechteckige Fortsätze, zwischen denen die Vorderenden der zarten Flügel, die den Hinterleib nicht ganz bedecken, liegen. Diese Fortsätze enden in spitzen, die den Hinterleib überragen und sich dann leicht nach unten biegen. Am Ende des Hinterleibs befinden sich noch zwei kräftige Schwanzbörsten. Das ganze Tierchen ist mit feinen, braunen, laminierten, glänzenden Haaren bedeckt. Die im Herbst ausgewachsenen Jungen überwintern in der Erde, um dann im nächsten Jahre ihr Fortpflanzungswerk wieder von neuem zu beginnen und sich fortzupflanzen. Die Werken halten sich mit Vorliebe in gut gedüngtem lockeren Boden auf, in dem sie leicht wühlen können. Auch einen gewissen Nutzen haben die Werken, denn sie sind sehr gefräsig und verzüglich an Wurzeln auch Drosophilas, Engerlinge und Regenwürmer. Zu sehen sind diese unterirdischen Wühler selten, denn sie sind ausgesprochen Nachtiere, die höchstens des Nachts an die Erdoberfläche kommen. Wo Werken sich in einem Garten eingerichtet haben, sind sie schwer wieder hinaus zu bringen. Zu ihrer Vertilgung kann man auch, wenn man ihre Gänge gefunden hat, ihnen glasierte Töpfe so in die Erde eingraben, dass ihre Gänge oberhalb des Topfrandes ausmünden, in die dann die des Nachts herumlungernenden Werken fallen und nicht mehr herauskönnen.

Sonnabend) im Städtischen Jugendheim, An der Matthiastütz 2, abends 7–8 Uhr, entgegenkommen. Die Teilnehmer haben am 22. Juni, abends 7½ Uhr, die Generalversammlung von Breslau und Ningenzig (ca. 100000) und eine Parade ins Jugendheim mitzubringen.

Mördervorhaben an Gastwirtschaften.

Gegenüber der allgemeinen Uebung der Gastwirte, anlässlich ihres Jubeltages in neutralen gelb-weißen Farben zu feiern, gefällt sich der Wirt des Lokals zum „Brettfischer“ darin, mit einer großen schwarzo-weiß-roten Fahne zu prangen. Dem Wirt des Lokals „Zum Breiter“, Ecke Obereinfahrt und innere Premerstraße lässt dieses Vorgehen seine Kollegen keinerlei Rasse, denn auch er hängt die schwarzo-weiß-roten Wappen zur Begrüßung seiner Besucher und zur Verhüllung aller Andersdenkenden heraus. Merkt euch diese Lokale schwarzo-weiß-roten Einstellung ganz genau, und lasst die in dieser Farbe angestrichene Gefäßhant

Arbeiterkinderfreunde und freie Elternvereinigung.

Sonnabend, den 20. Juni, feiern wir unsere Sommersonne wendende. Es soll eine Sommernacht am brennenden Holzstoß für alle Arbeiterkinder Breslaus werden. Die Eltern mit ihren Kindern treffen sich an den unten angegebenen Plätzen und gemeinsam geht es ein Stück ins Freie. Am brennenden Feuer: Musik, Lieder, Gedichte, Reigen. Gegen 12 Uhr sind wir wieder zu Hause.

Treffplätze sind:

- Gruppe 1: 8½ Uhr, Websplatz,
- 2: 8½ Uhr, Brauhaus, Tiergartenstraße,
- 3: 8½ Uhr, Schiebwerderplatz,
- 4: 8½ Uhr, Striegauer Platz,
- 5: 7½ Uhr, Sonnenplatz,
- 6: 8 Uhr, Lehmgrubenstraße, Ecke Bohrstraße,
- 7: 8½ Uhr, Feldsiedhof.

Arbeiter-Jugend.

Seim 5 und 6. Alle Mitglieder, die bei unserer Sommersonne wendender mitwollen, treffen sich am Freitag, um 18 Uhr, im Heim 6, Kritschefschule.

Heute abend alles zur Kundgebung um 8 Uhr im Börsenpalast. Fahnen und Wimpel mitbringen.

Einen vollen Erfolg

stellte die gestrige Veranstaltung der Arbeiter-Samariter dar. Bei dem Lichtbildvortrag des Genossen Dr. Schröder über „Kampf der Volksfronten“ war der Saal des Gewerkschaftshauses überfüllt. Jedem Anwender war es möglich aus den Worten des Redners etwas mit nach Hause zu nehmen, das für die Bekämpfung der Volksfronten von hohem Nutzen ist. Reicher Beifall lohnte das von 70 Lichtbildern begleitete Referat des Arztes.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Ortsverein. Wie wir aus ganz sicherer Quelle erfahren haben, beschäftigen die Mitglieder des Jungde und Werwolf, entgegen ihnen von ihrer Leitung zugegangenen Anweisungen, unsere Festausmauerung zu beschädigen und mit Angehörigen unseres Reichsdamms Streit und Hänsel anzufangen, um dann vor der Dezentralisierung zu sagen, wir hätten nicht Ruhe halten können. Sie hoffen auf diese erbärmliche Weise dem Schriftführer Hermann der „Schlesischen Volksstimme“ in die Hände zu bekommen, welcher bekanntlich dazu aufgefordert hat, alle Kommunisten, die man uns zur Last legen könnte, sofort zu melden. Kameraden! Lasset Euch nicht von dummen Jungen provozieren. Lasset Störenfriede und solche, die sich an unserem republikanischen Eigentum vergreifen, durch die Polizei erkannt und ihre Personalien feststellen, damit wir sie brandmarken können. Die Namen der betreffenden Vorfälle sofort der Ortsleitung mitzuteilen. Kameraden! Schützt unsere Ehrenfarben gegen unreife teutische Burschen!

Banner 6, 7 und 12 und Tragbänder Süd, Freitag, den 19. Juni, abends 8 Uhr Antreten zum Fackelauf am Museumsplatz. Alles ist zur Stelle.

Kriegswirtschaftliches Jugendkärtell.

Graphisch Jugend: Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, dass wir jetzt allwochentlich Heimabends einrichten. In dieser Woche kommen wir heute Donnerstag im Gewerkschaftshaus um 16½ Uhr zusammen. Zahlreiche Gescheine wird erwartet. Holzarbeiterjugend: Am Montag, den 22. Juni, ist unsere Versammlung im Gewerkschaftshaus im Zimmer 12. Gewerkschreiber Schatz wird Herr Holz und seine Eigenschaften sprechen.

Aktivität! Mitglieder der freien Gewerkschaften arbeitende Jugend! Heute abend verteilen wir uns an dem Filmvortrag „Ein Volksfeind“, in der Neuen Börse.

Stadttheater. Heute „Lohengrin“. Morgen Freitag. Die Zauberflöte“.

• Operntheater. Täglich „Wer weint um Judenad?“

• Thaliatheater. Täglich „Otto der Treue“.

• Schauspielhaus. Täglich „Anneliese von Dessau“.

• Das jetzt der älteren Hochzeit feierte dreier Tage her. Genosse Ernst Buttke nebst Frau, Charlottenstraße 12. Die „Vollsmacht“ ist seit eben so langer Zeit kein im Haushalt des Bürobüros vorhanden und seit 20 Jahren gehörtes beide der Partei an, wo Genosse Buttke sich seit als zweijähriger Funktionär betätigte. Auch in allen übrigen Zweigen der proletarischen Bewegung stand Buttke seit seinem Mann. Wir müssen ihn und seiner lieben Frau, das es ihnen verdonnt ist, noch rechtschafene den Vorwand der sozialdemokratischen Bewegung aufzuhalten zu können.

* Graffiti als Segner Binaria. Am 28. Juni wird der Metzgermeister Binart in Grünende eine Konkurrenz vornehmen, wie er auf einer deutschen Bahn noch nie begegnet ist. Als einer seiner stärksten Gegner erkennt der Grönende Robert Graß. Dieser Jäger ist unerschöpfliche der alte Bernhard der französische Krieger und der einzige, dem es gelungen ist, Binart nicht weniger als einmal auf der Pariser Weltausstellung das Nachsehen zu geben. Der Pariser Weltausstellung ist bekanntlich eine Sporthalle, die mit unserer Breslauer Sportarena nicht zu vergleichen ist, hat jedoch eine Bühne von 250 Metern und eine entsprechende Größe, so dass sie jetzt für die großen Motoren die Alarmwirkung.

Als Leitgedanke der Ausstellung kann wohl der Satz gelten: „Besser vorgeschen, als nachgeschepen!“ Wer je das noch gehabt, keine Wohnung oder Werkstatt oder Büro durch eine Anklage zu föhren. Aber auch diejenigen, die von solch unfehlbarem Besuch bisher verschont blieben, sollten im eigenen Interesse an dieser Ausstellung nicht vorübergehen. Jedes gute Sicherheitsvorrichtung ist außerdem gute Sicherheit und jedes gewogene Sicherheitsvorrichtung ist außerdem gute Sicherheit und Sicherheitslösungen. Interessant ist auch ein Feueralarmthermometer. Bei Erhöhung der Temperatur der geheizten Räume um fünf Grad über normal, entsteht durch das Steigen des Wassers des Thermometers die Alarmwirkung.

Als Leitgedanke der Ausstellung kann wohl der Satz gelten: „Besser vorgeschen, als nachgeschepen!“

Kartenlehrer.

Die Kreisjagdmeile in Breslau veranstaltet in der Zeit vom 22. bis einschließlich 28. Juni in den Abendstunden einen Leitgang „Wie finde ich mich im Gelände zu tun?“ Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen werden werktags (außer

Der Kampf im Holzgewerbe.

Bisher 29 000 Mann ausgesperrt. — Die sächsischen Tischlermeister für schnellste Beendigung des Kampfes. — Es wird weiter gelogen.

Die uns bisher vorliegenden Nachrichten geben die Gesamtzahl der ausgesperrten Holzarbeiter auf etwa 29 000 Mann an. Es ist möglich, daß noch eine weitere Steigerung eintritt, wenn die bereits für Donnerstag angekündigte Aussperrung in Düsseldorf, Köln und im linksrheinischen Gebiet durchgeführt wird. Auch sonst gibt sich die Leitung des Arbeitgeberverbandes lebhafte Mühe, das Aussperrungsgebiet zu erweitern. So wird in Blättern, die von der Unternehmer-Organisation inspiriert werden, die bevorstehende Aussperrung im Bezirk Bremen, Oldenburg, Ostfriesland in Aussicht gestellt, obwohl dort bisher gar keine Lohnforderungen gestellt wurden, geschweige denn Verhandlungen gepflogen worden wären. Für den Bezirk Hessen und Hessen-Nassau wurden in Frankfurt a. M. Verhandlungen gepflogen, die jedoch von den Unternehmern mit dem gleichen Ernst geführt worden sind wie die in Berlin eingeleiteten Verhandlungen für die übrigen Bezirke. Auch hier sucht man nach einem Vorwand für die Aussperrung.

Die örtlichen Leiter der Unternehmer-Organisation suchen
slecht und recht, ihre Pflicht zu erfüllen, Begeisterung für den
Kampf ist aber nicht zu entdecken. Deshalb auch die fort-
gesetzten Bemühungen des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes,
durch bewußt wahrheitswidrige Darstellungen
des Verlaufes der Zentralverhandlungen die
anhaltende Begeisterung zu weden. Aber man kennt auch im Lager
der Unternehmer die Wahrheitsliebe der eigenen Verbandsleitung
und traut ihr nicht über den Weg. Davon zeugt der Beschluß
des Verbandstages der sächsischen Tischlermeister, der in einer
Entschließung seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß die Ver-
handlungsmöglichkeiten nicht erschöpft seien und seinen Vorstand
auftrage, Maßnahmen zu treffen, um den Kampf so
schnell als mögl. h zu beenden.

Die Leitung des Arbeitgeberverbandes will dagegen die Aussperrung als einen Vernichtungslampf gegen den Deutschen Polzarbeiterverband führen. Sie bestreitet zwar diese Absicht, aber die Reversen, die an den verschiedensten Orten den Arbeitern vorgelegt wurden, zeigen doch, daß mindestens die Anregung dazu von einer Zentralstelle ausgeht. Der allen Arbeitern vorgelegte Revers hat übrigens infosfern die Form eines neuen Arbeits-

Es wird weiter abgebaut.

Die Reichsbahn schreibt obere Beamte ab.

Der Abbau von Beamten und Arbeitern der Reichsbahn nimmt trotz schärfster Proteste einen ungeahnten Umfang an. Nachdem bisher nur die unteren Gruppen in Frage kamen, will man, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, auch den Abbau der Beamtengruppen X bis XIII in Angriff nehmen. Das ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß allein bei der Reichsbahndirektion Dresden mehr als 100 technische Beamte der höheren Besoldungsgruppen X bis XII beschäftigt werden, obwohl die technischen Beamten auf ein Mindestmaß eingeschränkt sind. Wir sind neugierig zu erfahren, ob bei dem Abbau der oberen Beamten die Pensionsrechte in der gleichen Weise beseitigt werden, wie es bei den abgebauten Beamten der unteren Gruppen geschehen ist. Ober beachtigt die Verwaltung der Reichsbahn vielleicht, auch obere Beamte in das Arbeiterverhältnis zu überführen?

Der Afza-Kongreß.

München, 15. Juni. Am Montag vormittag trat in München der zweite Ifa-Kongress unter Beteiligung von ca. 300 Teilnehmern zusammen. Der große Festsaal im Hotel Wagner machte mit seiner für München nicht alltäglichen schwarz-rot-goldenen Ausstattung einen überaus feierlichen Eindruck. Auf der Bühne ragte aus einem Hain von Palmen die Büste Friedrich Eberts hervor. Den Kongress eröffnete der Ifa-Bundesvorsitzende Aufhäuser und begrüßte zunächst die große Zahl der Gäste aus dem In- und Auslande. Die Reichs- und Staatsbehörden hatten zahlreiche Vertreter entsandt. Besonders bemerkenswert ist die große Zahl der Vertreter der internationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, darunter Oudegeest vom IGB. in Amsterdam, Smith-Amsterdam sowie zwei Vertreter des am Erscheinen verhinderten Directors Thomas des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, ferner vom Internationalen Bund der Privatangestellten und Delegierte aus Österreich und der Tschechoslowakei.

In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Auhäuser an ein Wort Napoleons, nach dem der Degen und der Geist die entscheidenden Mächte in der Welt sind: Für die freien Gewerkschaften, aber auch für das ganze deutsche Volk muß heute nur die Politik des Geistes Geltung haben, um die Völker zu verähnen und die Weltwirtschaft dem Bedarf zu erschließen. Die verantwortlichen Regierungen sollten sich diesen Standpunkt zu eigen machen. Gerade München muß, das heute im Zeichen der Verlehrsausstellung steht, unsere Auffassung ermutigen, denn diese Ausstellung ist nicht nur der Ausdruck für ein starkes wirtschaftliches Wollen unseres jungen deutschen Volksstaates, sondern sie zeigt auch die hohe gesellschaftliche Bedeutung des Verkehrswesens für eine internationale Annäherung der Völker. Im Deutschen Museum kann man gleichfalls die engen Beziehungen zwischen der fortgeschreitenden Technik und der gesellschaftlichen Entwicklung beobachten. Nun gilt es aber auch die Träger der deutschen Technik, namentlich unsere schaffenden Volksträume sozial zu heben und zu befreien. Deshalb stellt der Afa-Bund an die Spitze seiner Kongressverhandlungen den Appell an alle verantwortlichen Stellen, daß in Deutschland die Technik auch eine ausreichende soziale Hilfe erhält (Rechte Seite).

In die Eröffnungsrede Außhäusers schloß sich eine Reihe von Begrüßungsansprachen der anwesenden Gäste. Besonders bemerkenswerte Ausführungen machte Dudgeest, der in Gedanken die unbedingte Zusammenarbeit der Hand- und Kopfarbeiter auf das große Ziel des IGB. in den Vordergrund stellte. Die Grundlage der Zusammenarbeit der internationalen Gewerkschaftsbewegung kann nur demokratisch sein. Andere Methoden als die eine Demokratie können in der Gewerkschaftsbewegung nicht angewandt werden. Man hat in der letzten Zeit viel geschrieben von Handelsbeziehungen zwischen Moskau und Amsterdam. Wir Amsterdamer können in dieser Richtung der Zukunft ruhig entgegensehen, wir können die große Tür ruhig offen halten für die Mitarbeit unserer russischen Kameraden, und ich denke, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, daß die Russen auf der Gründage unserer Statuten Mitglieder dieser Internationale werden, weil sie eben der Mitarbeit der Kameraden in Europa bedürfen. Von den jeglichen Verhandlungen zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften erhielt im großen Vortheile eine Nachprüfung der russischen Kameraden und ihrer Ge-

Die Namen des Directors Thomas vom Internationalem Arbeitsamt, der sich auf einer Reise nach Amerika befindet, versiegt

vertrages, als er von dem Unternehmer auf Grund des § 118 BGB. fristlos gelöst werden kann, wenn sich herausstellt, daß der Arbeiter entgegen der abgegebenen Versicherung doch dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehört. Man braucht solchen Schutz, die allerdings von den Unternehmern bitter ernst genommen werden, keine große Bedeutung beizumessen. Auf solche Weise ist der Deutsche Holzarbeiterverband nicht zu erledigen und die Naivität der Arbeitgeberverbände in diesem Falle eine wahre „Musterleistung“.

Im übrigen leisten die Arbeitgeberverbände an Verdrehungen der Tatsachen nach wie vor ein Bedeutendes. Das können wir verstehen, denn es ist nun einmal selbst für die brutalen Holzgewaltigen peinlich genug, als der Störenfried im Wirtschaftsleben angeprangert und erkannt zu sein. Wir wollen nach Kräften dafür sorgen, daß dies in noch größerem Umfange geschieht. Der Abgang dieser Aussperrung soll für die Arbeitgeberverbände kein Hasskuss sein.

Die Aussperrung in Genen

München, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussperrung im bayrischen Holzgewerbe hat sich bisher nur in den Großstädten München und Nürnberg-Fürth ausgewirkt wo der größere Teil der Großbetriebe die Arbeiterschaft entlassen hat. Der Rest der Betriebe soll der Aussperrung noch in dieser Woche folgen. Die Großbetriebe in Augsburg haben sich bisher an der Aussperrung nicht beteiligt. Die Aussperrung in Bayern wird überhaupt infolge nur partiell sein, als der bayrische Schreinermeister-Bund, dessen Mitglieder rund 5000 Holzarbeiter gegen 8000 in den Großbetrieben beschäftigen, sowie auf Grund eines freien Schiedsgerichts mit seinen Arbeitern unter sofortiger Wirkung in ein neues Vertragsverhältnis eingetreten sind.

In Thüringen.

Weimae. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldungen bürgerlicher und kommunistischer Blätter über den Umfang der Aussperrung der Holzarbeiter in Thüringen, nach denen in Thüringen 28 000 Ausgesperrte zu verzeichnen seien, müssen als phantastisch übertrieben bezeichnet werden. In Thüringen beträgt die Zahl der ausgesperrten Holzarbeiter etwa 2500, wovon unter anderem auf Jena 60, auf Gera 470, auf Altenburg 250 und Weimar 250 Holzarbeiter entfallen. Die Klein- und Mittelbetriebe sind durchweg der Aussperrungsparole nicht gefolgt. Von der Aussperrung ist der ganze Sonneberger Bezirk unberührt geblieben.

Den bisherigen Höhepunkt des Kongresses bildete das Referat Hilferding's über die Zollvorlage der Reichsregierung, durch seine überwältigende Sachkenntnis sämtliche Delegierte und Gäste in keinen Bann zog. Hilferding untersuchte zunächst die Wirkung der Getreidezölle auf die Landwirtschaft selbst und kam zu dem Schluss, daß durch die automatisch eintretende Erhöhung der Bodenrente für die Landwirtschaft der Wert der Agrarzölle nach einiger Zeit vollständig annulliert ist. Eine Wiederabschaffung der Zölle ist in dieser Situation dann außerordentlich schwierig. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit einem Vergleich der Agrarkrise der 70er Jahre und der Krise von 1924, die beide dann verschiedene ~~anterior~~ ^{anterior} entgangen waren. Sie haben, sodass also für die Abstellung der Krise von heute nicht die gleiche Methode von damals angewendet werden kann: Auf diese grundsätzliche Verschiedenheit hat die Regierungsvorlage in keiner Weise Rücksicht genommen, und die Bearücksichtigung steht infolge

bessern eine ungeheure Leistungsfähigkeit hat, da sie sich allein stützt auf das, was die einzelnen Interessengruppen der Wirtschaft der Regierung ins Ohr geflüstert haben. In dieser Begründung steht nicht ein Wort von den sozialpolitischen Folgen nicht ein Wort von der Bedrohung unserer Exportindustrie durch die gestiegenen Produktionskosten. Die ganze Regierungsvorlage ist nichts anderes als eine geistlose Summierung sämtlicher Interessenentwürfe. Der Regierung ist der schwere Vorwurf zu machen, daß sie nicht einmal den Versuch mache ihre Vorlage irgendwie vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu begründen. Das wäre umso richtiger gewesen, als die gesamten volkswirtschaftlichen Wissenschaftler, die früher schuhzollnerisch eingestellt waren, sich gegen den Zollschutz der Regierung aussprechen und ihn als ein großes Unglück für das gesamte deutsche Volk erklärt haben. Weiterhin wies Hilsfelding im einzelnen nach, wie dieser universelle Agrarier-Zollschutz die so notwendige Intensivierung der Landwirtschaft verhindere, ebenso wie der Industriezoll auch den rationalen Ausbau unserer deutschen Industrie verhindert. Auch in der Frage des Industriezolls hat die Regierung das allgemeine volkswirtschaftliche Interesse vollständig verkannt. Die Wirkungen auf die Sozialpolitik sind geradezu verhängnisvoll da die ganze soziale Gesetzgebung der letzten Zeit durch die verteuerte Lebenshaltung annulliert wird. Nach der Statistik hat eine Familie mit vier Köpfen allein 19 Tage pro Jahr zu arbeiten, um nur den auf sie entfallenden Getreidezoll aufzubringen, und das Verderbliche ist, daß je ärmer, je kinderreicher eine Familie ist, sie umso härter vom Schatzoll betroffen ist. Da Deutschland außerdem nach wie vor die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents ist, so ist von seiner Zollhandelspolitik schließlich die ganze europäische Wirtschaft abhängig. Durch einen Hochzoll wird jede europäische Zollunion unmöglich gemacht die angesichts der viel höher entwickelten amerikanischen Wirtschaft eine absolute Notwendigkeit wäre, wenn Europa einigermaßen seine Stellung in der Welt behalten will. Also nicht aus einer Konsumentenpolitik heraus, sondern mit Rücksicht auf die Außenpolitik, auf die Politik des Friedens und der Annäherung der Völker in Europa, sind wir die schärfsten Gegner dieser Zollvorlage, die läckenlos jede Ware in Deutschland verteuert.

Stürmischer Beifall dankte Hilsfelding. Unter dem tiefen Einruf beschloß die Konferenz einstimmig, die Rede in Wortlaut sofort als Broschüre zu verbreiten. Ebenso einstimmig wurde dann eine Entschließung gefaßt, die sich in schärfster Form gegen

In seiner Nachmittagsitzung beschäftigte sich der Ifo-Kongress mit den vom Vorsitz und einzelnen Ortsvertretern vorgeschlagenen Satzungsänderungen. Er nahm dazu eine Reihe von Entschließungen an. Eine dieser Entschließungen fordert die eingehende Vorlage eines Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes, so wie die Schaffung eines Reichsberufsgesetzes. Eine andere Entschließung verlangt den Kampf gegen die neue Personalordnung der Reichsbahngeellschaft, wieder eine andere die beileinige Revision der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung der Seeleute. Am Schluss protestierte der Kongress einmütig gegen das Verhalten der bayrischen Staatsregierung, die sich bisher geweigert hat, mit den dem Ifo-Bund angegeschlossenen Gemeinschaften einen Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der bei der bayrischen Regierung beschäftigten Angestellten abzuschließen. Mit der einstimmigen Wiederwahl des bisherigen Bundesvorsitzenden Ruffländer, Stähr, Urban sowie der Beisitzer beschloß der Kongress seinen zweiten Verhandlungstag.

Schuhmacherstreit bei Berlin

Bei der Firma Perl-Breslau sind Lohndifferenzen aus-
ebrochen. Der Betrieb wird bestreikt. Vor Arbeitsannahme
bei der Firma wird gewarnt.

Bürtshäft.

Einfache Profitinteressen

Aus Kreisen der Lederarbeiter-Organisation wird uns u. a. folgendes geschrieben: Am Freitag, den 12. Juni, sind in Berlin die Vertreter der Häuteverwertungs- und Häuteauktionsverbände und die Vertreter der Mäzgerverbände zu einer internationalen Tagung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat über die „Ausfuhrfreiheit bzw. Handelsfreiheit für Häute und Felle“. Dieses Referat dürfte den Hauptgegenstand der Tagung bilden. Schon lange laufen die deutschen Mäzger und Häuteverwertungen bei den zuständigen Regierungskräften Atem gegen das Häuteausfuhrverbot. Auch die Lederwirtschaft würde die Aufhebung des Häuteausfuhrverbotes in Deutschland und in den übrigen europäischen Ländern mit Freude begrüßen. Bei einer einseitigen Aufhebung des Häuteausfuhrverbotes durch Deutschland kann die Lederwirtschaft im Interesse der deutschen Verbraucher und im Interesse der deutschen Ausfuhr nicht zustimmen.

In Deutschland wurden im ersten Vierteljahr 1925 rund 5 Prozent Ochsen, 19,13 Prozent Bullen, 8,01 Prozent Kühe und 122,99 Prozent Ziegen weniger geschlachtet als in der gleichen Zeit 1913. Daraus geht hervor, daß der Einfall in den wichtigen Schuhhäuten und Ziegenfellen ganz erheblich kleiner ist als 1913. Würde die Ausfuhr von Häuten und Fellen durchutschland allein freigegeben, ohne daß die anderen Länder das Exportverbot auch aufheben, so würde der deutsche Markt noch mehr von Rohhäuten entlastet werden. Das bedeutet eine weitere Preissteigerung für Hämte usw. Die Leders- und Schuhpreise sind in Deutschland in den letzten Wochen ohnedem schon wieder ganz erheblich gestiegen. Gerade die Preise für Schuhe sind herauß in Höhe gegangen, daß sie heute ungefähr doppelt so hoch stehen wie vor einem halben Jahr und kaum noch zu erschwingen sind. Außerdem geht die deutsche Schuhausfuhr unter Auswirkung der

Aus diesen Gründen kann die internationale Tagung der Lederverwertung nur beschließen, daß gleichmäßig in allen Ländern, wo noch Ausfuhrverbote für Rohhäute bestehen, ebenfalls die Aufhebung erfolgt. Die an der Tagung beteiligten Häuteverwertungs- und Rekordvereinigungen hätten dann in diesem einen starken Druck auf die Regierungen ihrer Länder ausüben, um auf diesem Wege endlich über den Wunsch des Hautesausfuhrverbots hinwegzukommen. Der gegenwärtige Krieg ist ein Überbleibsel der Kriegspläne, mit dem nicht Deutschland allein, sondern alle Länder Schluß machen müssen, den freien Güteraustausch nicht zu unterbinden.

www.Traditionelle-Heilpraktiker.de

VORNAME DER BEGEGNETEN		ALTER	GEBURTSSTADT	BERUF	ANM.
WILHELM	17. Sept.				
20.40	100 Pz. Truppe	20.14			
4.20	100 Inf. Truppe	12.20			
105.50	100 Grenadier Gruppe	10.10			
18.12	100 Inf. Truppe	10.10			
20.02	100 Inf. Truppe	10.10			
81.03	100 Inf. Infanterie	5.01			
12.10	100 Inf. Infanterie	5.10			

Für den Volksverbrauch!

bringen wir Tausende Paar Schuhwaren zum Verkauf.

Damen-Schnürschuh
halbarer Straßenschuh
3 90 und **4 90**

Burschenstiefel
Rindbox, Größe 35-37
4 35

Mädchen- u. Knaben-Schnür-Halbschuh
Strapazier-Qualität, mit echter Kappe
Größe 27-30 **3 60** Größe 31-35 **4 20**

Kinder-Stiefel
durchgehakt, sehr halbar
Größe 23-24 **2 90** Größe 25-26 **3 25**
Größe 27-30 **3 50** Größe 31-35 **3 90**

Gebirgs-Stiefel
feste Lasche
für Damen **11 75**
für Herren **12 50**

Sandalen
braun und grau Segelluchs, mit Leder-Garnitur
Größe 20-24 25-30 31-35
1 50 **1 90** **2 25**
Damen **2 50** Herren **2 90**

Damen-Lack-Halbschuh
hochlegant
9 65



Herren-Lack-Halbschuh
moderne, spitze Form.
15 90

Herren-Rindbox-Schnür-Stiefel **6 90**
halbarer Straßenschuh
Prima Strapazier-Qualität, in spitz-halbar. u. breite Form
8 75

Damen-Schiebe-Spangen
prima Ausführung **6 90**

Damen-braun Spang.-Schuh
halbarer Straßenschuh
Schwestern-Schuh **5 90**
weiß gedoppelt **6 25**

Damen-Sandaletts
hochfein **6 90**
Brau Damen-Spangen
elegante Fasson **8 90**

Herren-Halbschuh
schwarz m. braunem Einsatz, hochlegant **11 90**
Schnür-Stiefel
schwarz m. braun. Einsatz **12 50**

Herren-Fühlleder-Arbeitsstiefel **7 90**
sol. Verarbeitung, u. K. **7 90**
Herren-Schnür-Stiefel Goody. Stiefel gedoppelt **8 90**

Reich & Glücksman **Gartenstr. 37** hpt.
neben dem Konzerthause. Kein Laden.

Volks-Schuhhaus Fischer
Gräbschener Straße 82

mit der Einheits-Unterführung.

Zurückgekehrt
Dr. Kleemann

Franziskaner 5165
Schweiditzer Straße 53, II. (Café Schuster).

Achtung!
Gewerkschaftler, Parteigenossen
Kameraden vom Reichshammer
kauft Obst und Gemüse nur bei
Berta Müller
Markthalle I, Ritterplatz, Stand 104

In den nächsten Tagen
Wm. J. Zahns mit
Zähne, Blumen
von 2 90,- an.
Barkeit
Sofitische 1.

Pfändereaktion
bis Nr. 5139
Wahlbezirk Leipziger
Str. 5, Raum
Bundesgericht Etage 21.
Gegen wenig gekreuzte
Rahmäderinen
vert. 1. Sozial. Abteilung, 26
Rahmäderinen — Blätter

Ja der „Festtag“ kann
Sicher-Siegeln!
Viele gute Zeiten
wollen Sie sicher
haben.
Berthold Lippert,
Schulstraße 18.

Sofort Geld!
Pfändleih-Institut

Die Sollsgüte als Einheitsgüte
von Dr. Max Apel.

Sollsgüte auch auf der Qualität eines Gütes
hinaus von Einheiten Pfändleihen eingegangen.

Hochmann's Söhne
bei jeder Feste
das Beste!
Spirituosen
Sektkabinett
Minervastr. 14 u.
Lüderitz bei D. Kochmann
Greifswald nur Wiedenstrasse



Eine
vollendet
gelungene Symphonie

von Geschmack und Aroma finden Sie
im Genuss unserer soeben zur Einführung
gelangenden leichten, aber feinen

Adagio-Zigarette

5 Pfg. d. Stück. Prima 10 Pfg. d. Stück.

Daneben empfehlen wir Rauhern, welche eine
würzig-aromatische Zigarette bevorzugen,
unsere **Salem Aleikum** bekannte
und **Salem Gold** Zigarette
4-15 Pfg. das Stück.

Oriental Tabak- u. Cigarettenfabrik
Yenidze-Jnh. Hugo Zietz Dresden

Bitte
bei allen Einkäufen
steht die Inseraten
unserer Zeitung zu
berücksichtigen.

Wohnungen

Wer taucht

eine Wohnung von 2 Zimm.
Garderobe u. Schrank, mit
elektrischer Licht, gegen eine
jolche von 3 Zimmern, Küche
und Schrank, womöglich in
der Nähe d. Hauptbahnhofes.
Preisen unter F. M. A.
an die Gesellschaft, d.h. 31g.

Arbeitsmarkt

Sandler J. Erdal Seite 142
Lipperg, Seelriedstraße 16.

2-3 tüchtige

Handformer

lebt 2243

E. Scampic, Eisen.

Keine Anzeigen

sind kommerziell gesetzte einspi.
Anzeige v. Verkäufern, Kauf-
leuten u. anderen von Freizeit
werk 3 Tag., seit 4 Pfennig.

Wandkalender ver-
öffentlicht: Druckerei, August
Haus 179, Görlitz.

Preis 10.— 7543

Großer wöchentl. Kü-
chenkalender für 50 291
zu bestellen bei Lüdersberg,
Schulstraße 27. [1926]

Achtung!

Partei- u. Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölf wichtige Bücher und Schriften zur
Vertiefung des sozialistischen Wissens! (1. Serie)

Apel, Volksschule als Einheitsschule, brosch. nur 0.20
Winter, Das Kind und der Sozialismus, kart. 1.75
Fisch, Die Flucht vor dem Kinde . . . brosch. 0.10
Werde, ein Buch zur Erinnerung an die Feier der
Jugendweihe. Dies Buch in die Hand eines jeden
sozialen Arbeiterkindes. Pergamentbd. 1.75
Druhns, Es klingt im Sturm ein altes Lied
(aus der Jugendzeit der Sozialdemokratie), schön
gebunden . . . nur 1.00
Zeppler, Sozialismus u. Frauenfrage, kart. nur 0.50
Großmann, Lassalle (circa 300 Seiten, schön
gebunden) . . . nur 1.30
Zimmer (Oberpräsident), Das uns die Deutsche
Reichsverfassung bedeutet . . . brosch. 0.30
Kautsky, Parlamentarismus u. Demokratie, kart. nur 0.50
Kautsky, Demokratie oder Diktatur? , kart. nur 0.50
Reißer, Bleibt die Mark stabil? . . . brosch. 0.40
Riepekhöhl, Der gute Schriftführer und Berichts-
ersteller . . . kart. nur 0.40

Besonderer Gelegenheitslauf: Vorwärtskalender 1925, Groß-
format, jedes Blatt in Rumpfdruck, täglich interessanter
Zeit, bisheriger Preis 2.00 jetzt nur 0.15 (solange vorhanden).

Die Bücher sind gegen Voreinsendung
des Beträges, zugänglich Porto, durch die

Volkswahlbuchhandlung
Dresden 3 — Neue Gewerbeschule 5

zu beziehen. — Bei Bestellung der ganzen
Serie wird 10% Sonderrabatt gewährt.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausgebern.